

## Regierungserklärung von Angela Merkel zum Europäischen Rat am 19./20. März 2015 (1)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Rat im Frühjahr ist traditionell der wirtschaftlichen Lage in Europa gewidmet. Dazu können wir zunächst feststellen, dass es aller Voraussicht nach in diesem Jahr erstmals seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder in allen europäischen Mitgliedstaaten Wachstum geben wird. Das ist	100
eine gute Nachricht. Sogar die Arbeitslosigkeit, die vor allem unter jungen Menschen nach wie vor ohne Zweifel viel zu hoch ist, geht insgesamt zwar langsam, aber Schritt für Schritt zurück. Dies gilt übrigens gerade für Spanien und Irland, die besonders von der europäischen Staatsschuldenkrise betroffen waren, die ihre Hilfsprogramme inzwischen aber erfolgreich	200
abgeschlossen haben. In diesen beiden Ländern sank die Arbeitslosenquote im letzten Jahr jeweils um über zwei Prozentpunkte. Die Erfolge Irlands und Spaniens sind nur zwei Beispiele dafür, was entschlossenes Handeln einzelner Länder und solidarische europäische Unterstützung gemeinsam bewirken können. Insgesamt wird also deutlich, dass wir bei der	300
Überwindung der europäischen Staatsschuldenkrise unter schwierigen Bedingungen schon einiges erreicht haben; dauerhaft und nachhaltig überwunden haben wir diese aber noch nicht. Daher müssen wir uns weiterhin anstrengen. Meine Damen und Herren! Drei Elemente sind und bleiben dabei wichtig. Erstens. Die wachstumsfreundliche Konsolidierung muss fortgesetzt	400
werden, denn nachhaltiges Wachstum und solide Haushalte bedingen einander. Es ist entscheidend, den gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt glaubwürdig anzuwenden. Nur dann kann der Pakt seine Funktion erfüllen und das Vertrauen in einen dauerhaft stabilen Euro-Raum wiederherstellen. Zweitens. Strukturreformen sind eine Daueraufgabe, wenn wir Wettbewerbs-	500
fähigkeit, Wachstum und Beschäftigung nachhaltig stärken wollen. Dabei muss unser Maßstab nicht Europa sein, sondern die Welt, denn nur dann wird es uns gelingen, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell im globalen Wettbewerb dauerhaft zum Erfolg zu führen. Drittens. Investitionen unterstützen Wachstum und Beschäftigung. Dabei bleibt entscheidend, dass die Rah-	600
menbedingungen für private Investitionen stimmen. Auch dafür sind solide Finanz- und Strukturreformen notwendig. Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen, den der Europäische Rat im Dezember letzten Jahres beschlossen hat, kann und wird einen wichtigen Beitrag leisten, auch private Investitionen zu mobilisieren.	700
Die Arbeiten am Fonds für Strategische Investitionen kommen gut voran. Die Finanzminister haben sich letzte Woche auf einen Verordnungsentwurf für den Fonds geeinigt, der nun in die Beratungen mit dem Europäischen Parlament geht. Ich wünsche mir, dass die Verhandlungen zügig abgeschlossen werden, damit der Fonds wie geplant Mitte des Jahres seine	800
Arbeit aufnehmen kann. Durch seine Verankerung in der Europäischen Investitionsbank soll sichergestellt werden, dass solche Projekte ausgewählt werden, die wirtschaftlich sinnvoll sind und unsere Wachstumskraft und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken. Deutschland wird in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern und Institutionen auch gegenüber außer-	900
europäischen Partnern deutlich machen, wie wichtig nachhaltige Haushaltspolitik, umfassende Strukturreformen und gezielte Investitionen sind, um das globale Wachstum zu stärken. Meine Damen und Herren! Gleichzeitig werden wir uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, wichtige europäische Vorhaben entschlossen voranzutreiben. Dazu gehört	1000

auch das Abkommen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses Freihandelsabkommen bietet große Chancen, und es ist notwendig für das Wachstum in Europa und die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Ohne Zölle	1100
und unnötige Bürokratie wird es für unsere Unternehmen erheblich leichter, das enorme Potenzial des amerikanischen Marktes zu erschließen. Die Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten von Amerika sind wichtig und von wachsender Bedeutung für unseren Wohlstand. Allein im vergangenen Jahr sind die	1200
deutschen Exporte in die USA um gut sieben Prozent gestiegen. Ich unterstütze deshalb sehr, dass der heute beginnende Europäische Rat mit einer Diskussion zum Transatlantischen Freihandelsabkommen noch einmal unterstreicht, welche große Bedeutung er diesem Abkommen beimisst. Wir sollten alles daransetzen, die Verhandlungen über das Abkommen	1300
noch in diesem Jahr abzuschließen. Meine Damen und Herren! Ein weiteres wichtiges europäisches Vorhaben ist die Schaffung einer Energieunion. Sie soll zukünftig den Rahmen für unsere europäische Energiepolitik bieten und die Umsetzung unserer europäischen Klima- und Energieziele für 2030 befördern. Im Zentrum	1400
des Konzepts steht eine sichere, bezahlbare, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Durch die Ukraine ist das Thema Energieversorgungssicherheit wieder stärker ins Bewusstsein gerückt. Auch dies wird ein zentraler Aspekt der Energieunion sein. Wir werden in den kommenden Jahren unsere Anstrengungen verstärken müssen,	1500
die Energieversorgung in allen Mitgliedstaaten langfristig zu sichern. Eines der Schlüsselemente ist dabei der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland tritt dafür ein, dass bei der Umsetzung der Energieunion marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Ansätze im Vordergrund stehen. Dafür brau-	1600
chen wir einen konkreten Vorschlag der Europäischen Kommission für klare Regeln für die Umsetzung der Ziele und entsprechende Konsequenzen, wenn das nicht erfolgt. Das ist deshalb wichtig, weil wir Ende des Jahres auf einer Konferenz in Paris endlich ein weltweites Klimaabkommen verabschieden wollen, das alle Staaten verpflichtet und das spätestens in fünf	1700
Jahren in Kraft tritt. Die Bundesregierung wird die französische Regierung nach Kräften darin unterstützen, die Klimakonferenz in Paris erfolgreich abzuschließen. Mit dem geplanten CO <sub>2</sub> -Zwei-Minderungsbeitrag der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sendet die Gemeinschaft ein kraftvolles Signal an die Staatengemeinschaft. Der Europäische Rat	1800
wird diesen Beschluss noch einmal bekräftigen. Damit wollen wir auch einen Anreiz für andere große Volkswirtschaften schaffen, ihre möglichst ambitionierten Beiträge zum Klimaschutz rechtzeitig und vor allen Dingen auch in transparenter Art und Weise vorzulegen.	1860